Endgültige Version

Fondation Jean Monnet pour l'Europe

Interview mit Herrn Dr. Ulrich Sahm

am 27. Februar 1984 in Buchhagen b. Bodenwerder

Interviewer: Dr. Hanns Jürgen Küsters

Abschrift der Tonbandaufzeichnung

Korrigiertes Manuskript

Biographische Angaben zu Dr. jur. Heinz-Ulrich Sahm:

Geboren 13. Oktober 1917 in Bochum; Vater: Dr. h. c. Heinrich Sahm, Präsident des Senats in Danzig, Oberbürgermeister von Berlin, Gesandter in Oslo; Mutter: Dora, geb. Rolffs; seit 1979 verheiratet mit Christiane Sahm, geb. von Alten, 6 Kinder;

Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten München, Kiel, Freiburg; Promotion 1941 über "Täterschaft und Teilnahme im norwegischen Strafrecht", 1941-1943 Deutsche Handelskammer Stockholm, ab 1945 in der Bezirksregierung Lüneburg, im Zentralamt für Wirtschaft für die Britische Zone, Minden, im Verwaltungsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Frankfurt/M. tätig,
1950-1951 Bundeswirtschaftsministerium,
1951-1969 Auswärtiges Amt, 1954 I. Sekretär der Deutschen Botschaft in London, 1958 Vortragender Legationsrat I. Klasse, 1962 Botschaftsrat der Deutschen Vertretung bei der NATO, 1966 Ministerialdirigent, 1969-1972 als Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, 1972-1977 Botschafter in Moskau, 1977-1979 Botschafter in Ankara, 1979-1982 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Genf.

Dr. K.: "Zunächst recht herzlichen Dank, daß Sie mich im Auftrage der Fondation Jean Monnet hier zu einem Gespräch über das politische Wirken Jean Monnets empfangen. Vielleicht beginnen wir unser Gespräch damit, daß Sie berichten, wie Sie Jean Monnet kennenlernten. Bei welcher Gelegenheit haben Sie ihn zuerst getroffen?"

Dr. S.: "Das ist nicht ganz leicht zu sagen, weil ich mich an den Tag nicht erinnern kann. Er war mir ein Begriff seit dem 10. Mai 1950. In den darauffolgenden Monaten und Jahren hatte ich laufend mit dem Schuman-Plan zu tun, mit Monnet jedoch nur mittelbar. Es gab eine deutsche Verhandlungsdelegation in Paris unter Herrn Hallstein, und in Bonn ein Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans unter einem Gesandten Ulrich, die verschiedenen interessierten Ministerien sollten einen Beamten dorthin abordnen. Ich war damals beim Wirtschaftsministerium tätig und wurde zu diesem Sekretariat abgeordnet. Als Herr Ulrich bald eine andere Aufgabe erhielt, wurde ich sein Nachfolger und habe dann bis 1954 das Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans und später das Referat Schuman-Plan im Auswärtigen Amt geleitet. Dadurch war ich in einem ständigen Kontakt mit Monnets Wirken,etwas weniger mit seiner Person."

Dr. K.: "Wie würden Sie aus Ihren Begegnungen mit Monnet seinen Charakter kennzeichnen? Was war er für ein Mensch?"

Dr. S.: "Monnet war vom Äußerlichen her gesehen ein kleiner Mensch; er gehörte aber nicht zu den Leuten, die darunter litten, vielmehr hatte er ein so ausgeprägtes Selbstbewußtsein, daß solche Äußerlichkeiten keine Rolle spielten. Er strebte nach ständigen Kontakten mit den Mächtigen der Welt, weil er die Welt ändern wollte. Er wollte die Dinge bewegen und glaubte, daß man das am besten erreichte, wenn man mit den jeweils Regierenden in einer sehr engen Verbindung ist. Er hatte eine tiefe Abneigung gegen alles, was unter Beamtentum oder Bürokratie - im guten wie im schlechten Sinne - zu verstehen ist. Er glaubte an die Kraft seiner Persönlichkeit. Meines Erachtens hat er sich dabei überschätzt und auch die objektiven Möglichkeiten, weil in der Gesellschaft die Dinge - jedenfalls in der französischen damals - so

festgefügt und in einer starren Ordnung sind, daß man nur durch persönliche Willenskraft nicht viel ausrichten kann. Deutschland 1950 war in einer völlig anderen Situation; hier hatte er vollkommen zu Recht Wert darauf gelegt, letztlich nur mit Adenauer zu verhandeln. Er hatte sogar mit Adenauer gemeinsam den deutschen Delegationsführer für den Schuman-Plan ausgesucht, weil er das Gefühl hatte, Adenauer verstünde seine Ideen. Er wollte keinen Verhandlungspartner haben, der von nationalen oder gar nationalistischen Gesichtspunkten ausging; und er wollte auch keinen der Interessenstandpunkte vertrat. Es ist ja bekannt, daß er Kandidaten abgelehnt hat. Ich weiß heute noch nicht genau, wer das war, ich habe meine Vermutungen, aber da ich die Herren kenne, die ich im Auge habe, es sind zwei, würde ich das lieber zurückstellen. Hallstein war für alle Beteiligten eine Überraschung. Ich würde nicht sagen, daß er ihm kongenial war; denn Hallstein war ein sehr viel nüchterner Mensch als Monnet und hatte, wie man auch bei seinem Wirken als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes beobachten konnte, die politischen Probleme sehr stark unter juristischen und institutionellen Gesichtspunkten betrachtet, während Monnet einen stärkeren Sinn für die Wirtschaft hatte. Seine Idee war es ja, daß die Integration der Grundindustrien zwangsläufig zu einer weiteren, auch politischen Integration führen müßte. Dieses hatte Hallstein akzeptiert, aber ich habe immer das Gefühl gehabt, daß ihm die institutionelle Seite wichtiger erschien als die wirtschaftlichen Zwänge."

Dr. K.: "Worin sehen Sie das Ziel der Europabewegung Monnets?"

Dr. S.: "Hier komme ich zu einer vielleicht ketzerich erscheinenden Überlegung. Ich glaube, daß Monnet ein unwahrscheinlich guter Franzose war, und daß für ihn "La France" im Herzen und im Kopf immer ganz vorne stand. Wenn Sie sein Leben verfolgen, dann waren seine beiden großen Zeiten während der Kriege, sowohl während des I. wie auch des II. Weltkrieges. Damals hatte er geniale, umwälzende Pläne, aber wenn man genauer hinsieht, waren sie vor allem

dazu geeignet, Frankreich eine Rolle zu geben, der es eigentlich weder wirtschaftlich noch politisch mehr entsprach. Seine Vorstellungen, daß Frankreich in dem amerikanisch-englichen Rüstungspool, in dem Schiffahrtspool mitwirken sollte, entsprach nicht den Realitäten; aber er hat durch die Kraft seiner Persönlichkeit sicher eine Menge für Frankreich bewirkt. Ich glaube nicht, daß es bei ihm irgendeinen Plan gegeben hat - und es gab ihrer ja viele -, dem der Gedanke zugrunde gelegen hätte: 'Europa ist wichtiger als Frankreich'. Vielmehr hatte er seine europäischen wie auch seine atlantischen Entwürfe immer so gestaltet, daß sie zum Besten Frankreichs führten. Demgegenüber waren wir Deutsche - in einer ganz anderen historischen Position - häufig bereit, Opfer zu bringen, da es letztlich im höheren Interesse Deutschlands sei, wenn die europäische Integration kommt. So sind wir auch heute noch bereit, Opfer zu bringen, wenn es im europäischen Interesse liegt. Ich will das nicht als pathetisch verstanden sehen: es ist eine ganz nüchterne Erkenntnis. Monnet hat dagegen - so glaube ich - ein Opfer Frankreichs selten ins Auge gefaßt. Was zum Beispiel den Schuman-Plan betrifft, so hat er damals wohl erkannt, daß Deutschland wahrscheinlich schneller gesunden würde, als die Modernisierung Frankreichs nach dem Monnet-Plan möglich sein würde; so sah er in dem Schuman-Plan eine Möglichkeit, daß Frankreich unter dem Druck der deutschen Konkurrenz seine Industrie so vervollkommnen würde, daß sie eine ausreichende Grundlage für eine führende französische Position in Europa sein könnte."

Dr. K.: "Was beabsichtigte Monnet mit seinem Vorschlag, eine Kohle- und Stahlgemeinschaft zu schaffen?"

Dr. S.: "Eine primäre Rolle spielte sicher das deutsch-französische Verhältnis, darüber besteht gar kein Zweifel. Eine ganz zentrale Rolle spielten damals das Ruhrproblem und das Saarproblem und, von ihm aus gesehen, die Modernisierung der französischen Wirtschaft, die durch den Krieg und die Entwicklung schon vor dem Kriege ganz außerordentlich veraltet war und in Abhängigkeit von den Kokslieferungen von der Ruhr stand. Nach 1945 ist es den

Franzosen nicht gelungen, ihre Hand auf das Ruhrgebiet zu legen; nur die Saar haben sie festhalten können. Die Bemühungen, auch Einfluß auf die Ruhr zu bekommen, führten 1949 zur Schaffung des Ruhrstatuts, in dem Frankreich eine gleichberechtigte Rolle mit England und Amerika hatte, und womit es Frankreich erstmalig gelang, wieder Einfluß auf die Ruhr zu erlangen. Ich kann mir denken, daß Monnet dieses sehr sorgfältig beobachtet und dabei festgestellt hat, daß dieses letztlich auf Besatzungsrecht beruhende Instrument nicht auf Dauer wirken könne, da es in Deutschland nationalen Widerstand dagegen geben würde. Wir waren zwar Mitglied, aber mit einer merkwürdig oktroyierten Mitgliedschaft. Ihm war klar, daß die Zukunft des westlichen Teils Europas nur in einem positiven Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gestaltet werden könnte, d. h. daß Frankreich nicht erstarken kann in Gegnerschaft zu einem Deutschland, dessen Wiederaufstieg erkennbar war. Er hatte nach dem I. Weltkrieg die Erfahrung gemacht, daß Amerikaner und Engländer meistens mehr Verständnis für die deutsche Haltung gehabt haben als für die französische; das führte dazu, daß französische Interessen nicht nur gegen Deutschland, sondern in gewissem Umfang auch gegen Amerika und England durchgesetzt werden mußten. Ich glaube, daß er die Wiederholung einer solchen Konstellation vermeiden und versuchen wollte, eine starke kontinentale Kraft unter Frankreichs Führung und unter positiver Einbeziehung des freien Teil Deutschlands sicherzustellen - mit oder ohne England.

Zu seinen letzten Zielen: Monnet hatte sicher eine Vision von einer westlichen demokratischen Welt, in der die Grenzen überwunden sind und die durch einer vorwiegend wirtschaftlichen Kooperation verbunden ist, und deren Kohäsien nicht durch politische Faktoren gefährdet wird. Wirtschaftlich stellte er sich vor, daß die Marktkräfte - geordnet durch gewisse planerische Einflüsse, wirken sollten. In dieser Zukunftsvision sah er für Frankreich die Rolle eines Kristallisationspunktes der europäischen Kräfte. Wenn er auch Amerika immer in sein Denken mit einbezogen hat, so ist er doch auch davon ausgegangen, daß Europa sich eine

solche Abhängigkeit von den USA nicht mehr leisten könnte, sondern ein eigenes Gewicht aufbauen müßte; er glaubte an die Möglichkeit einer starken, Grenzen überlagernden wirtschaftlichen Kooperation. Er dachte dabei sicher nicht primär militärisch, wie ihm das Militärische ohnehin nicht lag, es störte ihn, er war ein wirtschaftlich denkender Mensch."

Dr. K.: "Glauben Sie nicht, daß er einen europäischen Bundesstaat wollte?"

Dr. S.: "Das ist mir schon zu institutionell gedacht. Ich erinnere mich, wie Monnet einmal gesagt hat, wir Deutschen, die wir ja immer sehr sorgfältig und gründlich seien, kämen zuerst mit dem Gedanken einer Organisationsstruktur der Hohen Behörde und einer Aufgliederung ihrer Aufgaben. Er vertrat statt dessen den Standpunkt, man solle der Hohen Behörde möglichst viele Befugnisse geben, aber nicht im einzelnen aufschreiben, welche. Wenn man zu dem frühen Zeitpunkt des Schuman-Planes schon von einem europäischen Bundesstaat gesprochen hätte, was man dann später in dem Brentano-Ausschuß getan hat, dann hätte ihn dieses institutionelle Denken irritiert. Ihn störte außerordentlich der Ministerrat, der ja nicht seine Erfindung war, und diese europäische "Verfassung", von der er sah, daß es dafür noch zu früh war. Er vertraute auf die Zwangsläufigkeit einer Erweiterung des gemeinsamen Marktes durch die wirtschaftlichen Kräfte, und daß das Politische dann folgen würde. Aber die Idee, einen politischen Bundesstaat ad hoc zu errichten (es hieß ja auch "ad hoc-Versammlung"), hat ihm sicher nicht gelegen. Er war realistisch genug, diese Frage einer weiteren Entwicklung zu überlassen."

Dr. K.: "Es gab in dem Zeitraum 1953 - 1955 eine intensive Diskussion unter den Integrationstheoretikern, ob es sinnvoll gewesen sei, den europäischen Integrationsprozeß mit den Bereichen Kohle und Stahl zu beginnen, also die sogenannte Sektorintegration zu forcieren, oder ob es nicht vielmehr sinnvoll gewesen wäre, die gesamtwirtschaftliche Integration anzustreben,also nicht nur den Kohle- und Stahlmarkt, sondern alle möglichen Wirtschaftsbereiche einzubeziehen. Diese Frage, ob Kohle und Stahl oder gesamt-

wirtschaftliche Integration, war bestimmend bei den Verhandlungen über den EWG-Vertrag. Sie wurden aber auch schon in den Jahren 1952/53, insbesondere auf deutscher Seite vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums intensiv erörtert. Er lehnte den Ansatz der Sektorintegration ab. Wie sehen Sie dieses Problem?"

Dr. S.: "Es ist sehr schwer, hypothetische Geschichte zu schreiben. Ich hatte vorhin erwähnt, daß die Fragen der Ruhrbehörde, der Saar, der Grundstoffindustrie und Höhe der Stahlproduktion die deutsche Öffentlichkeit stark beschäftigten. Diese Probleme wurden auch dadurch politisiert, daß die Ausübung politischer Macht durch die "Ruhrbarone" mit der Kriegsschuld und ähnlichen Dingen in Zusammenhang gebracht wurden. Es gab damals schon die OEEC und den Marshallplan, die ja eigentlich die Idee einer engeren Zusammenarbeit Europas im Auge hatten. Die OEEC war damals, wie heute die OECD, eine lose Vereinigung von Regierungen, die sich lediglich koordinierten. Genau das war es aber, was Monnet fürchtete und er absolut nicht wollte: ein Gremium von beauftragten Beamten, von Regierungen gelenkt, die versuchten, die unterschiedlichen Interessen untereinander abzustimmen. Er wollte dagegen eine supranationale Instanz, um die Nationalismen zu überwinden. Es war, so meine ich, zu dem Zeitpunkt taktisch unerhört geschickt, sich auf Kohle und Stahl zu konzentrieren, weil diese Güter für Frankreich den zentralen Punkt der Abhängigkeit von Deutschland darstellten. Und auch bei uns waren die Verfügung über Kohle und Stahl ein Politikum ersten Ranges. Jeder andere Vorschlag wäre zu jenem Zeitpunkt wahrscheinlich erfolglos geblieben."

Dr. K.: "Würden Sie sagen, daß Monnet in dieser Phase kein Utopist war, wie oftmals behauptet wird, daß er gerade Anfang der 50er Jahre eine Vision gehabt hätte, die er in die Realität umsetzen wollte. Oder würden Sie meinen, daß Monnet von den Realitäten ausging und das Machbare anstrebte?

Dr. S.: "Ja, das Letztere würde ich schon sagen. Und was sein Endziel betraf, so hätte er sicher gesagt, fangen wir erst einmal an und sehen dann, was wir daraus machen können."

Dr. K.: "Vielleicht dazu noch eine Frage. Hat Monnet nicht letztendlich die Möglichkeit, den Nationalismus zu überwinden und die Souveränität abzubauen in den Nationalstaaten, überschätzt?"

Dr. S.: "Wahrscheinlich. Aber ich glaube, daß wir Deutsche ihm bei dieser Überschätzung sehr geholfen haben; wir sind ja mit einer Begeisterung an die supranationale Idee herangegangen, die - außer bei Monnet - in Frankreich in keinster Weise populär war, was sich dann ja auch gezeigt hat. Ich glaube, daß wir Deutsche, die wir damals keine oder nur begrenzte Souveränität hatten, darauf hofften, daß sie uns auf dem Weg über die Montan-Gemeinschaft auf einer höheren Ebene wieder zuwachsen würde. Mir ist unvergeßlich, wie Hallstein bei einer Besprechung über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in einem sehr frühen Stadium sagte, Gleichberechtigung sei nicht Verhandlungsgegenstand, sondern Verhandlungsgrundlage. Aber wir hatten die Gleichberechtigung damals natürlich nicht, und hier sahen wir eine Chance, sie zu bekommen, was schwer genug war. Sie erwähnten vorhin in unserem Vorgespräch Herrn Bowie. Das ganze Problem der Artikel 65/66 hat ja durch Wochen und Monate die Verhandlungen blockiert, d. h. unsere Souveränität war damals Verhandlungsgegenstand. Monnet hat das auch richtig erkannt, als er sagte, die Deutschen hätten hier eine Chance, aus ihrer kriegsbedingten Begrenzung herauszukommen: 'Ich will sie in einer neuen Bindung haben, aber in einer besseren.' Und das war für mein Empfinden eine gute Idee von ihm, die sicher in seinen internen Gesprächen mit französischen, englischen und amerikanischen Gesprächspartnern eine wichtige Rolle gespielt hat."

Dr. K.: "Unbestritten ist ja heutzutage, daß für die Bundesrepublik der Internationalismus ein quasi Ersatz für den Nationalismus darstellte; denn Nationalismus durfte man damals und konnte man nicht propagieren, ohne nicht wieder in eine rechte Ecke geschoben zu werden."

Dr. S.: "Sie gebrauchten eben das Wort Internationalismus, das klingt so nach Breschnew-Doktrin; ich würde sagen

supranational. Das war es, was uns damals faszinierte."

Dr. K.: "Ich habe diesen Begriff Internationalismus nicht im Sinne der Breschnew-Doktrin gemeint, das ist richtig, wenn man vielleicht Internationalismus eben vom Wort her versteht, so wollte ich das verstanden wissen.

Vielleicht zu einem anderen Komplex, der bei Monnet gerade in der Anfangszeit eine sehr große Rolle spielte, nämlich das Thema Monnet und England. Hat Monnet eigentlich die Bereitschaft Großbritanniens, sich dem europäischen Integrationsprozeß anzuschließen, über Jahre hinweg vollkommen falsch beurteilt? Er hat ja den Versuch unternommen, Großbritannien einzubeziehen, er hat ihn auch ein zweites Mal unternommen, nämlich nachdem die EVG gescheitert war und es dann zu den Bemühungen der Konferenz von Messina kam. Dort hat man also in gleicher Weise die Engländer wieder eingeladen, auch bei seinen Vorschlägen, eine Euratomgemeinschaft zu schaffen. Wie würden Sie Monnets europapolitische Haltung unter Einbezug Großbritanniens beurteilen?"

Dr. S.: "Er mußte ja die Engländer sehr genau kennen. Er hat Jahre in London gelebt, und er hat im innersten Kreis des englischen Geschäftsdenkens gesessen, gerade auch im Schiffahrtswesen. Man kann deshalb annehmen, daß er sich nicht getäuscht hatte, bei seiner Analyse der englischen Haltung. Deswegen bin ich der Meinung, daß er an das englische Problem herangegangen ist mit dem Bewußtsein, ohne die Engländer geht es nicht, aber ohne sie muß es auch gehen. Es geht an sich nicht ohne sie, denn was ihm als Utopie für Europa vorschwebte, brauchte natürlich die englische Zugehörigkeit. Monnet wußte aber auch, daß die Engländer zunächst nicht bereit sein würden, soweit zu gehen, wie er selber es für richtig hielt, glaubte aber, sie würden - realistisch wie sie sind - irgendwann schon mal kommen. Und ich glaube, er hat die Gespräche mit den Engländern jedesmal mit dem 'Dolus eventualis' angefangen, sie könnten auch schiefgehen."

Dr. K.: "Also dieses bewußte Scheitern mit einkalkuliert eigentlich?"

Dr. S.: "Ja."

Dr. K.: "Aber auf der anderen Seite hat er stets versucht, England doch heranzuführen?"

Dr. S.: "Ja, eventuell eben auch nicht als Mitglied, wie bei den Schuman-Plan-Verhandlungen. Er ist sofort danach nach London gefahren und hat versucht, eine Assoziation oder etwas Ähnliches zu schaffen. Dabei hat er aber auch immer sehr darauf geachtet, daß die Engländer nicht eine privilegierte Stellung bekamen, d. h. daß sie nicht mehr Rechte als Pflichten übernahmen. Er fürchtete, daß dieser logische Zwang, der England irgendwann einmal zum vollen Beitritt bringen sollte, nicht funktionieren würde, wenn die Engländer auch ohne irgendwelche Preise zu zahlen in den Vorteil dessen kamen, was der Schuman-Plan oder die Montanunion dann bieten konnte."

Dr. K.: "Wenn wir vielleicht noch einmal auf die Entwicklungsgeschichte der Montanunion zurückgehen. Welcher Eindruck herrschte eigentlich aus Ihrer Perspektive in der Anfangsphase, als Sie deutscher Delegierter waren? Welchen Eindruck hatten Sie, als Sie dann zunächst zum erstenmal an diesen Verhandlungen in Luxemburg teilnahmen?"

Dr. S.: "Verzeihung, die Verhandlungen waren in Paris."

Dr. K.: "Ja, nicht jetzt die Schuman-Plan-Verhandlungen. Das ist klar. Vielleicht können wir darauf auch zuerst kommen und dann im zweiten Schritt auf die Entscheidungen in Luxemburg."

Dr. S.: "Ich bin nicht schon im Mai, sondern erst etwa August 1950 in das Schuman-Plan-Sekretariat hereingekommen. Zu jenem Zeitpunkt stellte ich ein ganz faszinierendes Ringen fest zwischen den widerstrebenden Kräften in der deutschen Wirtschaft, vor allem aber auch im Wirtschaftsministerium. Der damalige Staatssekretär Schalfejew war ein ausgesprochener Gegner des ganzen Unternehmens. Die Industriellen selber machten mit, eher aus einem politischen Verantwortungsbewußtsein, aber weniger aus innerer Überzeugung, immerhin, sie machten mit. Ohne Zweifel waren sie in den ganzen beratenden Gremien eigentlich sehr

positiv, es sei denn, daß ihre eigenen Interessen direkt berührt wurden. Die Verhandlungen gingen eigentlich sehr flott. Ich habe auch keine großen Probleme in Erinnerung, mit Ausnahme eines zentralen Ruhrproblems, nämlich die Frage der Dekartellisierung und Dekonzentrierung, also das Verhältnis zwischen Artikel 65 und 66 des Montanvertrages einerseits und der Gesetze 75 und 27 der Militärregierung sowie des Ruhrstatuts andererseits. Und da ist mir aufgefallen, daß Monnet in seinen Erinnerungen die deutsche Haltung zu diesem ganzen Komplex als 'Wiedererwachen des deutschen Nationalismus' betrachtet, und sogar die damals erfolgte Ernennung von Herrn Lehr zum Innenminister damit in Verbindung bringt, was für mein Empfinden grotesk ist und zeigt, wie sehr das Geschichtsbild selbst von Monnet in gewissem Maße von den beiden Kriegen mit Deutschland bestimmt war, was ja nicht ohne Einfluß bleiben konnte. In sein Geschichtsbild gehörte hinein, daß die Ruhr und die nationalistischen Deutschen wieder unabhängig und frei sein wollten in der Verfügungsgewalt über Kohle und Stahl, und dies zum Nachteil Frankreichs. Er erfaßte nicht, und das empfinde ich als eine bemerkenswerte Schwäche bei ihm, daß der Eintritt in eine supranationale Gemeinschaft für uns nur möglich sein konnte, wenn wir nicht auch noch durch irgendwelche besatzungsrechtlichen Auflagen in unserer Souveränität eingeschränkt sein würden. Das ist ein Standpunkt, der auf deutscher Seite von Anfang an auf allen Ebenen, von Adenauer bis zum kleinen Referenten, als selbstverständlich eingenommen wurde, daß nämlich diese ganzen Beschränkungen beseitigt werden mußten. Monnet stellt es so dar, daß er sich bei Adenauer beschwert hätte, und dieser hätte dann Erhard zu ihm geschickt, und dann sei es plötzlich geklärt worden. Aber so war das nicht. Vielmehr hatte Herr Bowie zum Schluß unter Druck von allen Seiten einen Kompromiß, übrigens auf englisch, formuliert, der dann die Grundlage für die endgültige Formulierung der Artikel 65 und 66 wurde und tatsächlich die Besatzungsrechte beseitigte. Das heißt, die deutschen Vorstellungen hatten gegenüber jenen Monnets gesiegt, und zwar nicht im Sinne der Benachteiligung eines Partners, sondern der Gleich-

stellung aller Teilnehmer, also auch der deutschen Seite."

Dr. K.: "Sie wissen ja, daß es im Hintergrund bei dieser Kontroverse zwischen Adenauer und Monnet einen intensiven Briefwechsel zwischen Adenauer und McCloy gab. McCloy hat sich damals eingeschaltet in diese Verhandlungen, das war im Frühjahr 1951. Aufgrund seiner Vermittlungsbemühungen kam es zu dieser deutschen Entscheidung bzw. zu den Zugeständnissen in der Dekartellisierungsfrage, daß man sich geeinigt hat und damit eigentlich der Weg frei wurde für die Ratifizierung. Aber im Grunde war diese Grundkonzeption des Vertrages im wesentlichen doch von der französischen Seite, sprich von Monnet, mitbeeinflußt. Welchen Eindruck haben Sie aus dieser Zeit?"

Dr. S.: "Der Vertrag als solcher?"

Dr. K.: "Ja. Es war ein Vertragsentwurf, der vorgelegt und dann verhandelt wurde."

Dr. S.: "Ja. Grundlage der Verhandlungen war ein französischer Entwurf, im wesentlichen von Hirsch und Uri ausgearbeitet, und die späteren Formulierungen waren praktisch immer französische Entwürfe, auf die die übrigen Delegationen natürlich eingewirkt und Abänderungen veranlaßt haben. Die schwerwiegendste, die wir auch noch heute spüren, war die holländische Idee des Ministerrats...

Dr. K.: "Spierenburg damals?"

Dr. S.: "Spierenburg war es. ...die eigentlich das ganze Konzept zerstört hat und - von Monnet her gesehen - nicht zu vereinbaren war mit der eigentlichen Idee. Wir Deutsche haben das anders gesehen, weil wir ein föderalistisches System kennen. Wir haben den Ministerrat als ein föderales Element angesehen. Das konnte Monnet nicht verstehen. Mir ist noch sehr gegenwärtig, als wir forderten, daß der Ministerrat in den Ausschüssen der Gemeinsamen Versammlung durch Beobachter vertreten sein sollte. Monnet hat zusammen mit den Abgeordneten erbittert dagegen angekämpft. Wir sahen in dem Ministerrat ein Organ der Gemeinschaft, wie es bei uns der Bundesrat ist, was nicht in seinen Kopf ging."

Dr. K.: "Das erklärt sich auch aufgrund der unterschiedlichen Regierungsstrukturen und der Vorstellungen vom Regieren."

Dr. S.: "Eine Erfahrungswelt."

Dr. K.: "Genau, daß er damals dazu nicht in der Lage war, das als ein mitbestimmendes Element zu sehen und nicht als ein kontrollierendes Element."

Dr. S.: "Er hätte wahrscheinlich bei seiner Phantasie, aus dem Ministerrat und dessen Verhältnis zur Hohen Behörde sehr viel mehr machen können, wenn er es nicht nur zähneknirschend hingenommen hätte."

Dr. K.: "Das ist sicherlich richtig. Wie würden Sie denn seine Politik in der Zeit seiner Präsidentschaft beurteilen? Hat er in der kurzen Zeit eigentlich das getan, was möglich war, oder hätte er mehr tun können?"

Dr. S.: "Lassen Sie mich zunächst noch auf einen früheren Zeitpunkt kommen: Ich war bei einem Gespräch des ernannten Vizepräsident Etzel mit Monnet dabei, zwei Wochen bevor die Hohe Behörde in Gang kam, und die beiden unterhielten sich, wie sie die Arbeit anfangen wollten. Wir hatten in Bonn für Herrn Etzel wunderbare Papiere ausgearbeitet, großartige Organisationsschemata und Personalgrundsätze und Besoldungsgrundsätze und so weiter, so wie wir das machen, wenn wir eine Behörde gründen. Herr Monnet fegte das alles vom Tisch und sagte, man solle als ein kleines Team anfangen, die Dinge sich entwickeln lassen, und nicht alles so sehr festlegen. Er wollte für mein Empfinden die weitere Entwicklung fest in seiner Hand behalten und sich nicht durch deutschen Perfektionismus auf dem Organisationsgebiet binden lassen. Denn er sah natürlich die bindenden Elemente in unseren Vorstellungen. Und dann passierte ganz etwas Merkwürdiges. Es war der 10. April 1952, als die Hohe Behörde in Luxemburg eröffnet wurde, mit Festakt im Rathaus, mit Großherzog und vielen Reden. Nachmittags sagte Etzel, er hätte sich mit Monnet um 4.00 Uhr in der Hohen Behörde verabredet, wir sollten doch schon einmal um 1/2 4 Uhr hinübergehen und uns die Räume ansehen. Als wir das der

Hohen Behörde zur Verfügung gestellte Gebäude betraten, fanden wir fast an jeder Tür ein Zettelchen mit einem französischen Namen darauf. Die ganze Hohe Behörde war in festen Händen der Franzosen. Sie hatten die gesamte Verwaltung sehr sorgfältig vorgeplant. Etzel ordnete darauf an, daß alle verfügbaren Deutschen ihre Visitenkarten anheften sollten, wo noch eine Tür frei war, ganz egal, ob er hier je arbeiten würde oder nicht. Auf diese Weise wurde auch ich Mitarbeiter der Hohen Behörde, indem meine Visitenkarte an eine Tür geklemmt wurde. Ich habe dann tatsächlich 3 Wochen dort mitgearbeitet. Das führte natürlich gleich am Anfang zu einer Spannung. Ich bin nicht sicher, ob das das Werk von Monnet war. Monnet war kein Administrator. Aber ich halte unseren Kollegen Uri zum Beispiel für fähig, diese generalstabsmäßige Planung durchgeführt zu haben. Ich fand das geschickt und beeindruckend. Es zeigte wieder, wie wir immer glauben, man müsse erst ein Statut vereinbaren und dann mit Menschen ausfüllen, während die Franzosen eben mit Menschen anfingen und davon ausgingen, daß das Statut dann schon entsprechend nachgeliefert werden würde. Monnets große Gabe zum Vorantreiben seiner Ideen wurde dann aber sehr schnell beeinträchtigt durch die unglaublichen Probleme, die auf ihn zukamen und die er in keiner Weise vorausgeahnt hatte. Die Ausgleichszahlungen für den belgischen Kohlenbergbau beschäftigte viele Leute sehr lange Zeit; die Herstellung direkter Verkehrstarife, ein ganz kompliziertes Problem; die Freizügigkeit der Arbeitskräfte füllte auf dem sozialen Sektor die betreffenden Leute voll aus; die Preise für Kohle wurden sofort akut. Es gab vom ersten Tage an eine Unmenge von Problemen, denen die Hohe Behörde in keinster Weise gewachsen war: sie war ja noch gar nicht da, sie mußte sich erst zusammenfinden. Auf nationaler Seite zogen und zerrten mächtige Apparate von Interessenten und Regierungen an diesen Problemen. Ich glaube, daß Monnet etwas ertrank in dieser unmittelbaren administrativen Regierungsnotwendigkeit, mit der er wohl nicht gerechnet hatte. Seine Lieblingskinder waren die Dollar-Anleihe und das Verhältnis zu England. Während er seine Kraft diesen beiden Hauptinteressengebieten widmete, waren ihm diese großen und

schwierigen Probleme, wo er überall gefordert war, sehr lästig. Es hat dann sehr bald erhebliche Spannungen zwischen dem Ministerrat und Monnet gegeben, weil Monnet nicht daran dachte, die Minister ausreichend zu unterrichten. Ein Mann wie Erhard ließ sich das nicht einfach gefallen. Ich erinnere mich an einen Vorfall, wo Erhard sich weigerte, über ein Papier zu sprechen, weil er es erst eine halbe Stunde vorher bekommen hatte. Da gab es große Spannungen. Ebenso mit der Gemeinsamen Versammlung. Monnet hatte eben keine Regierungserfahrungen und wußte nicht, daß man als Minister mehr gebunden ist, als jeder freie Mensch. Er hatte sich in allen seinen Positionen immer ein ganz erhebliches Maß an persönlicher Freiheit bewahrt. Auch als Chef des französischen Planungsamtes war er nicht verantwortlich für die Ausführung, sondern nur für die Planung. Ich glaube, daß hier ein Grund dafür liegt, daß Monnet dann auch die Lust am Präsidentenamt verloren hat, abgesehen davon, daß seine Amtsperiode begrenzt war. Aber hier war er überfordert. Das war nicht sein Gebiet."

Dr. K.: "Eine interessante Einschätzung in meinen Augen. Würden Sie sagen, daß er ein reiner Technokrat war?"

Dr. S.: "Nein, fast im Gegenteil. Ich glaube, dann haben wir uns mißverstanden."

Dr. K.: "Ein Technokrat - wenn ich das erläutern darf -, bezeichnet jemanden, der in der Lage ist, Dinge umzusetzen, alles weitere in die Wege zu leiten, damit es von anderen zum Ziel geführt wird. Der vielleicht eine Idee hat und versucht..."

Dr. S.: "Ist das nicht mehr die Eigenschaft eines Politikers, der nachher die Technokraten und Bürokraten braucht, um seine Ideen durchzuführen? Ein Mann wie Adenauer hat sich wenig um die Exekutive gekümmert, sondern vorwiegend um die politische Linie, die allgemeine Richtung, abgesehen von der Personalpolitik. Aber damit werden ja dann auch die Weichen gestellt. Monnet hat sich nicht die Alltagsprobleme der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, der Kohle- und Stahlindustrie von sechs Ländern vorstellen können, wie es in der Tagesarbeit gefordert wurde; er hatte wohl erwartet

wie ein Regierungschef obendrüber zu sitzen, allgemeine Richtlinien zu geben und alles andere seine Leute machen zu lassen."

Dr. K.: "Wenn man da vielleicht noch einmal darauf zurückkommen kann. Hat er auch so in den Besprechungen, an denen Sie auch teilgenommen haben, agiert? Er war ja eigentlich derjenige, der die Linien festlegen wollte."

Dr. S.: "Ja. Ich kann mich nicht erinnern, daß er je ein Problem ausführlich argumentiert hätte. Er hat Berichte abgegeben, die ihm andere Leute aufgeschrieben haben, das war klar. Darin war dann alles abgehakt. Aber in förmlichen Sitzungen war es eher seine Haltung, die Dinge zu verschieben, noch einmal darüber nachdenken zu wollen,oder sich nicht zu sehr festlegen zu lassen. Ich habe mehrere Zitate in meinen Notizen, wo er sich in diesem Sinne äußerte, wobei er dann natürlich die Lösung im Zweiergespräch suchte. Obwohl die Hohe Behörde die Institution der Gemeinschaft überhaupt war, die sein Kind war, arbeitete er nicht institutionell, sondern bevorzugte lockere Gespräche. Auch bei seiner Arbeit in England während der beiden Weltkriege hat er immer lockere, nicht zu institutionalisierte Bindungen bevorzugt."

Dr. K.: "Ohne sich festlegen zu wollen? War er aus dem Aspekt heraus eigentlich ein entscheidungsfreudiger Mensch?"

Dr. S.: "Das weiß ich nicht."

Dr. K.: "Ich frage deshalb, weil Sie sagen, er war eigentlich jemand, der sich nie so direkt binden wollte, der immer nur Anstöße gab. Die Politiker haben eigentlich eine Art, ich will mal sagen, mehrere Pferde laufen zu lassen. Wenn dieser Weg nicht begehbar ist, gehen sie den anderen oder lassen sie noch eine Hintertür offen. Wie handelte Monnet?"

Dr. S.: "Er hatte ja immer seine klaren Ziele. Er wußte genau, wo er eigentlich hinwollte. Alle Wege waren ihm recht, die zum Ziel führten. Er überließ es dann gerne Herrn Uri oder Herrn Etzel, sich zu überlegen, wie man es möglich machte. Aber die Linie mußte bleiben, er wachte

über die supranationale Idee. Auch durften nicht die Bürokraten die Macht in die Hände bekommen. Daß er selber eine große Bürokratie schuf, war ihm, glaube ich, nicht klar. Ihm schwebte ursprünglich wohl vor, daß die Hohe Behörde eine Art Komitee, ein Club von klugen Männern sein sollte, die gemeinsam an der Idee arbeiteten. Die Ausführung hat er sich bestimmt nicht bis ins Letzte klargemacht."

Dr. K.: "Wenn wir vielleicht noch einmal auf einen anderen Themenkomplex zu sprechen kommen, und zwar Monnet und die EVG. Wie war seine Einstellung zu dem Pleven-Plan?"

Dr. S.: "Er stammt ja von ihm, von seinem Büro. Man muß auch das wieder im Zusammenhang der damaligen Zeit sehen. Erst einmal war der Schuman-Plan noch nicht fertig. Er war noch nicht zeichnungsfähig abgeschlossen, er war noch lange nicht ratifiziert, es gab noch viele Schwierigkeiten. Dann fanden die Petersberg-Gespräche über die Einbeziehung der Deutschen in die westliche Verteidigung allgemein statt, aber noch sehr vage. Monnet erkannte wohl, daß die supranationale Idee tot sein würde, wenn eine deutsche Armee in Verbindung mit den Amerikanern oder in Verbindung mit der NATO entstehen sollte, daß dann kein Raum mehr sein würde für eine Verwirklichung supranationaler Ideen über Kohle und Stahl hinaus, was ja sein Ziel war. Für ihn ergab sich die dringende Notwendigkeit, nun von französischer Seite einzugreifen, um zu verhindern, daß sein ganzes Gebäude kaputtgeht. So kam es zu dem Pleven-Plan, der ihm selbst sicher nicht symphatisch war."

Dr. K.: "Wie würden Sie die Adenauersche Position in diesem Zusammenspiel charakterisieren? Ich habe den Eindruck, daß Adenauer sehr viel mehr daran gelegen war, die EVG zustande zu bringen, als unbedingt den Schuman-Plan."

Dr. S.: "Der Schuman-Plan hat Adenauer als politische Idee interessiert, die Einzelregelungen waren ihm ziemlich gleichgültig, das machte sein Hallstein schon. Ich glaube, Adenauer als ein Innenpolitiker von großem Rang war sich klar, daß das Problem der Wiederbewaffnung ein Kernproblem seiner politischen Existenz sein würde. Wir waren erst fünf Jahre nach Kriegsende, man muß sich das einmal klar

machen, was das für eine unglaublich dramatische Entwicklung war. Nein, ich würde das nicht so sagen. Ich glaube, daß Adenauer jedenfalls in den ersten Monaten mehrere Eisen im Feuer haben wollte. Schon innenpolitisch wollte er sich nicht zu sehr festlegen, er hatte sich ohnehin schon weit vorgewagt. Dann wollte er die internationale Entwicklung abwarten und sehen, welche der laufenden Gespräche, die mit Eisenhower, NATO und den drei hohen Kommissaren auf dem Petersberg und mit den Franzosen über ihren Pleven-Plan sich als die realistischeren erweisen würden. Als dann die EVG-Verhandlungen in Gang kamen, und Herr Blank die Verhandlungen führte, entstand ja das merkwürdige Phänomen, daß die Generale sich sehr schnell einigen konnten, was schon ein lebensgefährliches Tempo annahm, so daß die Politiker wieder bremsen mußten. Ich glaube, daß Adenauer, sicher auch unter dem Einfluß von Brentano und anderen Politikern seiner Partei, das supranationale Gebäude über Europa als ein von ihm zu vertretendes Ziel ansah. Er wollte Deutschland zu Westeuropa einbinden, das ist gar kein Zweifel. Das ging natürlich besser über eine EVG als über eine NATO."

Dr. K.: "Glauben Sie also nicht, daß Adenauer als letztes Ziel die Einbindung in die NATO gesehen hat?"

Dr. S.: "Es war immer klar, daß die EVG ein Teil der NATO sein würde. Insofern war da kein Gegensatz. Der Gegensatz bestand zu einem früheren Zeitpunkt bei der Frage, wie kommen wir überhaupt zu einem deutschen Kontingent. Aber da war er, glaube ich, eben offen."

Dr. K.: "Wenn wir in diesem Zusammenhang auf Monnet noch einmal zurückkommen. Wie beurteilen Sie eigentlich seine Rolle bei den Verhandlungen über die EVG? Hat er nicht auf die französischen Regierungen zuwenig eingewirkt, um den EVG-Vertrag in Frankreich durchzusetzen? Oder kam er einfach gegen die Kräfte der IV. Republik nicht an?"

Dr. S.: "Nein, ich würde sagen, daß Monnet in der französischen Innenpolitik nie ein starker Mann gewesen ist, zumal er sich mit Innenpolitik nicht beschäftigte. Die "Niederungen" der IV. Republik waren nicht sein Gebiet. Vorhin sprachen wir darüber, daß er mit seinem Montan-

unionsplan zuerst zu Bidault gegangen war. Der war zwar der verantwortliche Mann, aber Herrn Bidault so etwas anzudienen, war doch wirklich eine Kateridee, nach allem, was wir heute von diesem Menschen wissen. Der Schuman-Plan war Monnets Sternstunde; wenn er den nicht erfunden hätte, wäre Monnet heute ein wenig interessanter Zeitgenosse, eine politische Kraft aber ist er nie gewesen. Er hat immer gegen Widerstände angehen müssen, und ich glaube nicht, daß er einen sehr großen Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung, insbesondere auch im Hinblick auf europäische Fragen gehabt hat."

Dr. K.: "Ich frage deshalb, weil aus seinen Memoiren heraus ein gewisser Selbstvorwurf deutlich wird, zwischen den Zeilen zumindest, daß er gerade im Sommer 1954 nicht mehr Einfluß auf die Innenpolitik genommen habe, oder zumindesten auf einige Parlamentsgruppen, um diesen Vertrag durchzusetzen."

Dr. S.: "Er soll sich ruhig diesen Vorwurf machen, aber wenn er anders gehandelt hätte, hätte er wohl kaum mehr bewirkt. Für mich war immer sein Ende bezeichnend, seine letzten Jahre mit diesem Aktionskomitee, das ja letztlich überhaupt nichts bewirkt hat. Das war eine bessere Bilderbergkonferenz."

Dr. K.: "Da kommen wir vielleicht gleich zu."

Dr. S.: "Da war ich nicht beteiligt..."

Dr. K.: "Aber eine hochinteressante Einschätzung. Wenn wir vielleicht noch dieses Bindeglied ansprechen zwischen dem Scheitern der EVG und der Konstituierung des Aktionskomitees. Worin würden Sie seine Gründe sehen für den Rücktritt vom Präsidentenamt - es ist ja nicht ein regelrechter Rücktritt gewesen, sondern es ist ja ein "Nicht mehr zur Verfügung stehen" für die neue Amtsperiode gewesen. War es eine Enttäuschung über den Ausgang der EVG, über das Scheitern der euroäisch-politischen Gemeinschaft, die damals auch andiskutiert wurde, oder was waren seine Motive?"

Dr. S.: "Wissen Sie, man denkt natürlich immer etwas in Lebenslinien von sich selbst. Und ich hatte damals zwei

Jahre lang wirklich Tag und Nacht für den Schuman-Plan gearbeitet und stand dann, von Etzel aufgefordert, vor der Frage, ob ich Mitarbeiter der Hohen Behörde werden wollte. Und da habe ich nein gesagt. Die Routine langweilte mich, das Aufbauen interessierte mich. Mir ging es darum, wie es in meinem eigentlichen Beruf weitergehen würde. Und ich glaube, ich habe richtig gehandelt, obwohl man das hinterher nicht so genau weiß. Das wird bei Monnet vielleicht ähnlich gewesen sein. Diese Routine langweilte ihn. Er war nicht ein Mann der Routine, sondern ein Mann, der immer versuchte, neue Ideen bei allen möglichen Leuten anzubringen. Und das Aktionskomitee ist eine typische Monnetsche Erfindung, nämlich dieses lockere Zusammensitzen mit wichtigen Leuten, auf die er versuchte einzuwirken. Aber da er keinen Sinn für das Institutionelle hatte, konnte das auch nicht zum Erfolg führen. Die Gesellschaften in der Welt werden nun einmal von ihrer inneren Struktur bestimmt."

Dr. K.: "Welche Rolle hat eigentlich die Technik und die Technologie im Denken Monnets gespielt? Ich spiele auf seinen Vorschlag einer Euratomgemeinschaft an, der ursprünglich nicht von ihm stammt, sondern aus dem Umkreis seiner Mitarbeiter, aber doch von ihm vehement aufgenommen und Anfang 1955 mit Ophüls diskutiert wurde. Monnet hat ja, wenn man einigen wissenschaftlichen Studien Glauben schenken darf, einiges dazu beigetragen, daß Ophüls dieses Konzept angenommen und im Auswärtigen Amt vertreten hat."

Dr. S.: "Also im Rahmen der Schuman-Plan-Verhandlungen gab es das Problem der Innovation, was ja bedeutet: Verbesserung des Bestehenden. Es war da nie die Rede von Technologie, das Wort gab es damals in den fünfziger Jahren noch gar nicht. Modernisierung war das Stichwort, auch gerade von seinem Planungsamt in Frankreich her, Modernisierung. Als die Atomenergie aufkam, ein Gebiet, das noch nicht eingeordnet war, sah er die Chance: Hier gibt es etwas, was noch amorph ist, das kann ich gleich in eine europäische Form bringen, und gewinne dadurch etwas zu Kohle und

Stahl hinzu, was zu einer Ausweitung der Gemeinschaft führen kann. Ich glaube nicht, daß er über die Modernisierung hinaus einen Sinn für die moderne technische Entwicklung gehabt hat, die man damals nicht voraussehen konnte. Das war einfach zu früh. Die Atomenergie war ein Abfallprodukt der Bombe. Das war auch das einzige. Heutige Technologie, wie zum Beispiel die Computertechnik, die gab es damals ja noch nicht."

Dr. K.: "Sein Vorschlag, dieses Aktionskomitee zu gründen, wurden 1956/57 als ein großer Erfolg gewertet, nicht zuletzt, weil er es geschafft hatte, französische Sozialisten und deutsche Sozialdemokraten in einem Gremium zusammenzubringen. Dies setzte damals auf deutscher Seite bei der SPD eine Wendung um 180° der Europapolitik voraus. Die Sozialdemokraten hatten ja die Europaverträge abgelehnt, 1957 votierten sie dann zum erstenmal positiv für den EWG-Vertrag und Euratomvertrag. Worin sehen Sie die Leistung Monnets oder welche Rolle würden Sie dem Aktionskomitee überhaupt in dieser Anfangsphase zuschreiben?"

Dr. S.: "Zunächst einmal: die Europagegnerschaft der SPD war für mein Empfinden außerordentlich stark in der Person Schumachers begründet. Schumacher war von allen - wenn ich mich erinnere - der schärfste Gegner, während die übrigen führenden Mitglieder der SPD sich in der Gegnerschaft nicht so hervorgetan hatten wie Schumacher selber. Im wesentlichen haben sie eigentlich mitgearbeitet, auch in den Ausschüssen, und wenn es durch kritische Fragen war. Ich erinnere besonders an den Abgeordneten Kreisig. Aber im ganzen war das doch eine fixe Idee: Schumacher dachte sehr national; er glaubte, daß wir wieder ausverkauft würden. Nachdem wir den Krieg verloren hatten, würden wir nun noch einmal etwas verlieren. Ich habe damals seine Äußerungen sehr sorgfältig verfolgt. - Ich glaube, es wäre eine Anmaßung, wenn ich mir über das Aktionskomitee ein Urteil erlauben würde über das hinaus, was ich vorhin gesagt habe; ich habe die Arbeit nur als Zeitungsleser verfolgt. Als Beamter kann ich mir denken, daß solche Zusammenkünfte für Politiker eine wertvolle Gelegenheit sind, ihre Meinun-

gen abzustimmen, aber ich habe nicht das Gefühl, daß es im Inneren des einen oder anderen Landes wirklich sehr viel bewegt hat. Denn die Europastimmung war bei uns nach dem Ende der Schumacher-Periode quer Beet populär, wie heute noch. Gerade heute steht in der Zeitung, daß es bei den Europawahlen keine Gegensätze zwischen SPD und der Koalition gibt."

Dr. K.: "Das ist sicherlich richtig. Ich meine, man muß das auch etwas getrennt sehen. Ich glaube, die Arbeit des Aktionskomitees vielleicht bis Mitte der sechziger Jahre war eine andere als von Mitte der sechziger Jahre bis zu ihrem Ende, Mitte der siebziger Jahre. Wenn man vielleicht doch noch einmal auf dieses Problem Aktionskomitee zurückkommen darf. Es ist mit Sicherheit ein Forum gewesen, in dem sich Politiker austauschen konnten. Ich habe verschiedenen Leuten die Frage gestellt und möchte auch Ihnen diese Frage stellen: Könnte, wenn ein solches Komitee noch einmal geschaffen würde, es heute europapolitisch mehr bewirken?"

Dr. S.: "Ich kann es mir nicht vorstellen. Heute sind die Strukturen natürlich noch verhärteter und das, was es zu überwinden gilt, ist eigentlich auch nicht durch guten Willen zu überwinden, sondern durch sehr schwierige innerpolitische Entscheidungen. Ich meine, die Entscheidung ist nicht nur Opposition/Regierung, sondern es ist eine Entscheidung des Staates, inwieweit er bereit ist, auf Milliardenbeträge zu verzichten, oder die Subventionierung der Landwirtschaft. Das sind ganz schwierige Grundsatzprobleme, die nicht mehr durch freundschaftliche Gespräche zwischen Frau Thatcher und Herrn Mitterand und Bundeskanzler Kohl gemeinsam geklärt werden können. Wir haben ja diese Gespräche, sie treffen sich ja unabläßig. Wenn man dann noch Abgeordnete dazu täte und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, entstünde sicher eine allgemeine Stimmung des Wohlwollens, aber die Schwierigkeit oder die Härte der Entscheidung bleibt die gleiche."

Dr. K.: "Ich möchte noch einen Bereich ansprechen, und

zwar Monnet und Deutschlandpolitik, beziehungsweise die deutsche Wiedervereinigung. Wie stellte sich in den frühen fünfziger Jahren dieses Problem dar? Hat Monnet sich in irgendeiner Form dazu geäußert?"

Dr. S.: "Ich glaube nicht. Mir ist bei dem Durchsehen der Papiere aufgefallen, wie wenig das Deutschlandproblem in der ganzen Zeit erörtert worden ist. Selbst die Frage Berlin wurde nicht besprochen, es wurde nur mit Staunen festgestellt, daß es in Berlin eine metallverarbeitende Industrie gibt, d. h. die ganze Sache wurde vom Produkt her gesehen und nicht vom Berlin-Problem. Die Saarfrage war viel problematischer, stand vielmehr im Vordergrund als das Berlin-Problem damals. Die deutschlandpolitische Komponente wurde damals aufgefangen durch die Verhandlungen über den Deutschlandvertrag, die gleichzeitig liefen. Diese Verhandlungen störten Monnet nicht, denn der Deutschlandvertrag war ein Vertrag zwischen den drei Besatzungsmächten und der Bundesrepublik Deutschland über Probleme, die sich aus der Besatzung ergaben, damit wollte er keine Verbindung haben. Er hat dann ja auch dankbar, wie wir vorhin besprachen, die Vermittlung von Bowie angenommen, um aus den Besatzungsproblemen herauszukommen. Er wird hier im übrigen sicher ähnlich gedacht haben wie viele Franzosen, daß ihnen die Deutschen so lieb sind, daß zwei Deutschlands noch besser sind als eins. Nein, es war kein aktuelles Problem, obwohl es uns Deutschen fünf Jahre nach dem Krieg ähnlich ging wie den Urchristen, die die Wiederkehr Christi in den kommenden Wochen oder Monaten erwarteten: uns schien das Problem der Wiedervereinigung unter den Bedingungen, unter denen wir damals lebten, als lösbar, obwohl die Außenministerkonferenzen zur Genüge gezeigt hatten, daß es damals keine Diskussionsmöglichkeit gab."

Dr. K.: "Das heißt also, Monnet hat aus vielerlei Gründen bewußt dieses Problem zunächst einmal ausgeklammert. Er hat sich zwar dann Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre, dann auch im Aktionskomitee auf Druck der FDP mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen. Es gab damals,

1964, diese bekannte Berlin-Resolution. Aber erstaunlich ist es, daß man in die Westeuropäische Gemeinschaft die Bundesrepublik aufnahm, ohne sich um ihr nationales Problem zu kümmern."

Dr. S.: "Ich würde beamtenmäßig sagen, das war eine andere Zuständigkeit, ein anderes Ressort."

Dr. K.: "Aber da ist doch wahrscheinlich das Ressortdenken etwas klein, wenn es um so große politische Entscheidungen geht."

Dr. S.: "Das war aber im Vorfeld. Die Verhandlungen über die Montanunion selbst wurden davon nicht mehr berührt. Die Entscheidung war vorweg getroffen: wir machen eine westeuropäische, klein-europäische Zusammenarbeit, das berühmte kleine Europa. Die Entscheidung war politisch getroffen. Nachher in der Ausführung stand sie nicht mehr zur Debatte."

Dr. K.: "Hat in irgendeiner Form die Stalin-Note eine Rückwirkung auf den Diskussionsprozeß innerhalb der Hohen Behörde gehabt?"

Dr. S.: "Das kommt in meinen Notizen überhaupt nicht vor."

Dr. K.: "Das heißt, es ist da nur "westeuropäisch intern" diskutiert worden und die westeuropäische Außenpolitik blieb außen vor?"

Dr. S.: "Da darf ich niemendem unrecht tun. Sie müssen bedenken, ich war ein sehr junger Beamter mit einem sehr engen Aufgabenbereich, nämlich Montanunion. Ich hatte zeitweise, bei Beginn, noch die europäischen militärischen Dinge zu bearbeiten, aber die wurden dann sehr bald abgetrennt, weil sie dann auch ein großes Ausmaß annahmen. Ich hatte dann nur noch mit dem Funktionieren der Montanunion, und vor allem mit der Schaffung des Gemeinsamen Marktes nach innen, zu tun, so daß die großen politischen Probleme nicht bis zu mir, nicht mehr auf meinen Schreibtisch kamen."

Dr. K.: "Zu zwei Personen hätte ich noch ganz gern eine Einschätzung, weil Sie sie beide wohl sehr gut gekannt haben, und etwas über das Verhältnis zu Monnet aussagen

könnten. Der eine ist Minister Etzel, der andere ist Minister Erhard. Welches Verhältnis hatten die beiden Herren zu Monnet?"

Dr. S.: "Ich würde sagen, Erhard hatte kein Verständnis, weder für Monnet noch für seine Ideen."

Dr. K.: "Aus welchem Grund?"

Dr. S.: "Für Erhard war die ganze Idee eines organisierten Marktes etwas Abwegiges. Erhard wollte ja Schranken beseitigen und nicht neue Institutionen schaffen. Ich kann mich nicht erinnern, daß er an mehr als zwei Ministerratssitzungen teilgenommen hat; später hat es immer Westrick gemacht. Wenn ich Erhard auch auf Reisen begleitet habe, er ließ sich nicht sehr ausführlich informieren, sondern überließ die Arbeit den Herren Rust und von der Groeben, die seine Mitarbeiter waren. Erhard war mit europäischen Ideen auch deshalb innerlich nicht sehr verbunden, weil er in Welthandel dachte. Er sah den deutschen inneren Markt, und er sah den Welthandel; für ihn war die OECD viel interessanter - oder OEEC, wie sie damals hieß -, als solch eine kleine Gruppierung. Sicher mußte er mit Kohle und Stahl arbeiten, das war ganz klar, aber die Montanunion war eine Entscheidung von Adenauer, da konnte er doch nichts mehr machen. Ich glaube nicht, daß Erhard ein Verhältnis zu diesen Dingen hatte. Ich habe es auch bei der Westeuropäischen Union und ihrem Ständigen Rüstungsausschuß gemerkt, an der ich später mitgearbeitet habe. Es war Erhard nicht gegeben, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen. Er war mehr ein Wirtschaftsphilosoph, als ein Mann des Tages. Insofern waren Erhard und Monnet aus der Natur heraus ähnlich und doch auch wieder sehr verschieden. Sie ähnelten sich darin, daß sie den großen Linien nachgingen, und beide hatten kein Verständnis für Bürokratien. Aber für Erhard war das, was Monnet schaffte, eine Bürokratie und insofern konnte er damit nichts anfangen. Etzel war ein ganz anderer Mann. Ein Mann, der sehr auf dem Boden der Tatsachen stand. Ein Mann mit großem wirtschaftspolitischem Verstand, aber auch mit Verständnis

für die kleinen Probleme. Ich habe ihn viel erlebt. Er war natürlich auch, als guter Deutscher, ein sehr gründlicher Mann. Vor allem aber war er fasziniert, beeindruckt von der gemeinsamen Aufgabe, die er mit dem großen Monnet zusammen zu bewältigen hatte, d. h. ein Element der Bewunderung für diesen Mann war vorhanden. Auch ein Stolz vom Posten des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, wo er die Dinge nur am Rande mitbehandeln konnte, nun mit Monnet zusammen dieses europäische Gebäude zu errichten; ich glaube, er hatte das Gefühl, er täte es wirklich mit Monnet zusammen."

Dr. K.: "Die Deutschen waren also recht unterschiedlich vertreten bei der Hohen Behörde in Luxemburg. Zum einen mit einem Mann, der eigentlich mehr Bewunderung entgegenbrachte, nämlich Etzel, und auf der anderen Seite Herrn Potthoff, der eigentlich aus der Gewerkschaftsbewegung kam."

Dr. S.: "Ja, Potthoff war keine sehr starke Persönlichkeit."

Dr. K.: "War Etzel eine starke Persönlichkeit?"

Dr. S.: "Doch, das würde ich schon sagen. Ich würde sagen, Etzel war eine Persönlichkeit. Er war sicher ein Mann, der gerne eine Kompromißlösung suchte, er war ein hervorragender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, und sicher deswegen auch kein schlechter Finanzminister, weil er in dieser Eigenschaft ja auch immer Lösungen finden mußte. Er hat in Luxemburg unsere Interessen gut vertreten, soweit er als Vertreter unserer Interessen wirkte. Er war ja nach Monnets Philosophie dazu da, die supranationale Idee zu repräsentieren, und das hat er sicher auch sehr gut getan. Er hat diesen schwierigen Mittelweg, daß alle in Deutschland von ihm etwas erwarteten, und er auf der anderen Seite mit Monnet zusammen die supranationale Idee erst einmal entwickeln mußte, mit Geschick verfolgt und viel getan, um auf beiden Seiten Verständnis herbeizuführen. Ich möchte ihn nicht negativ beurteilt sehen. Trotzdem bleibe ich dabei, daß er ein Gefühl der Bewunderung hatte, natürlich auch unter Monnets Einfluß stand, aber er

war Manns genug, Persönlichkeit genug, um für das einzutreten, was er für richtig hielt, was allerdings nicht immer das war, was wir in Bonn für richtig hielten. Potthoff war, glaube ich, nicht eine Persönlichkeit, die in die Geschichte eingehen wird. Er wurde dann auch sehr schnell auf das soziale Gebiet abgeschoben, wo er durch die schwierigen Freizügigkeitsverhandlungen ziemlich eingebunden war. Wie die Arbeit innerhalb der Hohen Behörde vor sich ging, weiß ich nicht, doch scheint mir, daß der Apparat schon sehr früh erheblichen Einfluß gewann. Es waren auch eine ganze Menge Deutsche dort, die im Apparat der Hohen Behörde mitwirkten und die Deutschen und die Franzosen haben ziemlich eng zusammengearbeitet."

Dr. K.: "Wer waren eigentlich die Gegenspieler, wenn man überhaupt davon sprechen kann. Oder umgekehrt, wo zeigten sich die größten Gegensätze innerhalb der Hohen Behörde?"

Dr. S.: "Da bin ich überfragt, weil ich dazu zu wenig von der Interna der Hohen Behörde erfahren habe."

Dr. K.: "Und auf der Ebene des Ministerrates?"

Dr. S.: "Das kommt darauf an, auf welchem Gebiet. Beim Sozialen waren die Italiener die Vorkämpfer, bei dem Preisausgleich für die belgischen Zechen die Belgier, bei der Frage der Auflösung der deutschen Kohleorganisation standen wir allein auf weiter Flur. Also die Fronten waren jedesmal sehr verschieden."

Dr. K.: "Ich fragte deshalb, weil man hier und da aus den Gesprächen heraushören konnte, daß auch da ein gewisser Gegensatz existierte zwischen Monnet und den holländischen Vertretern. Ist das überspitzt in der Form?"

Dr. S.: "Nein, das ist sicher richtig, weil die Holländer am stärksten, und zwar immer mit einem nach England schielenden Auge, die Position des Ministerrats bzw. der Regierungen betonten und darauf Wert legten, daß diese nicht vergessen wurden. Dies aber war genau das, was Monnet nicht wollte. Da entstand naturgemäß ein gewisser Gegensatz."

Dr. K.: "Ist es aber auf der anderen Seite nicht komisch, daß gerade im niederländischen Parlament die größten Befürworter für ein supranationales Europa saßen?"

Dr. S.: "Nein, für die kleinen Staaten, räumlich kleinen Staaten, wie Belgien, Holland, Luxemburg, war dies natürlich die Chance, ein Gewicht in dem Entstehen Europas zu bekommen, das sie sonst nie gehabt hätten. Im Ministerrat hatten sie die gleichen Stimmrechte, sonst gab es keine Stimmengewichte, aber immerhin, sie sprachen überall mit; so bekamen sie ein viel größeres Gewicht als zum Beispiel im Europarat."

Dr. K.: "Wenn man noch einmal ein bißchen auf die Person Monnet eingeht und fragt, wie kommt es eigentlich, daß ein 'Weinbrandhändler' aus Südfrankreich in die Weltpolitik, wenn man das einmal mit Weltpolitik, was er gemacht hat, umschreiben darf, zwischen allen Fronten und zwischen allen Regierungen und zwischen allen Staaten schwebend, einen solchen Erfolg haben kann?"

Dr. S.: "Das ist nicht seine Herkunft; die Persönlichkeit geht nicht nach Nationalitäten, und es gibt genauso bedeutende Männer oder Frauen aus dieser oder jener Gegend, oder diesem oder jenem Lande. Er war ein ganz ungewöhnlicher Mann, der durch seinen Lebensweg und dann seine eigene Gedankenwelt zu einer fixen Idee gekommen ist, daß der Nationalstaat nicht der Weisheit letzter Schluß ist, und daß die Überbetonung des Nationalstaatlichen in Krisensituationen zu Hemmnissen, Störungen und mangelnder Entwicklung beiträgt. Er glaubte deswegen, auf den ihm zugänglichen Wegen dazu beitragen zu müssen, diese Verkrustung des Nationalstaates zu überwinden."

Dr. K.: "Wenn das vielleicht seine Stärke war, was waren denn seine Schwächen?"

Dr. S.: "Die Unterschätzung des Nationalstaates."

Dr. K.: "Dann wäre er wahrscheinlich mit seiner Vision nicht allzu weit gekommen; denn wenn es ihm in den fünfziger Jahren wirklich gelungen wäre, einen Bundesstaat aufzubauen, hätte dann nicht die Gefahr bestanden, daß er dem Nationalis-

mus auf der Ebene des Bundesstaates gehuldigt hätte? Der Nationalismus als solcher wäre damit aber vermutlich noch nicht überwunden gewesen."

Dr. S.: "Man kann natürlich sein Leben auch anders sehen, als eine Sammlung von gescheiterten Vorhaben: Er hat den Völkerbund wieder verlassen, der eigentlich schon so etwas von seiner Vision hatte - er hat 1940 die Union England/ Frankreich nicht zustande gebracht - er hat de Gaulle nicht verhindert, sondern de Gaulle, der Inbegriff des Nationalstaates, hat gesiegt, sowohl 1944 wie 1958 - er hat die europäische Einigung nicht zustande gebracht - er ist eigentlich immer wieder gescheitert an den Kräften des nationalstaatlichen Denkens, und darin liegt eine Tragik. Damit kommt man doch zum Wort Utopie zurück, mit dem Sie angefangen haben. Ich glaube, wir sind langsam alle schmerzlich belehrt, daß der Weltstaat und die Weltinnenpolitik jedenfalls nicht vor der Tür stehen. Und so sind tragischerweise gerade auch in Europa die Kräfte der Eigenstaatlichkeit, der staatlichen Unabhängigkeit wieder sehr viel stärker geworden, verglichen mit dem, was wir vor 30 Jahren erträumt hatten und sogar auf Teilgebieten möglich machen konnten."

Dr. K.: "Ich erinnere mich an eine Äußerung Adenauers, der 1956 behauptete: 'Schon 1945 nach dem Zusammenbruch habe man die Chance vertan, eine europäische, wie auch immer geartete Lösung zu erstreben.' Hängt es letztendlich nicht zu sehr von solchen Niederlagen europäischer Völker ab - ob sie jetzt auf deutscher Seite liegen oder auf welcher Seite auch immer - hängt es nicht vom Krieg ab, daß der Wunsch nach Frieden, nach Verständigung nachläßt, je weiter man vom Kriegsende abrückt?"

Dr. S.: "Früher mag das so gewesen sein. Ich sehe es jetzt nicht so, weil wir wieder in einer Periode der Angst vor dem Kriege leben; ich teile sie nicht, aber sie beherrscht jedenfalls gerade die Deutschen mehr als die übrige Welt. Die Äußerung Adenauers ist mir völlig unverständlich. Er meinte wohl, daß die Gnade des Nullpunktes, von der Bischof Lilje gesprochen hat, 1945 von den Westmächten

nicht wahrgenommen worden ist. Man muß aber doch sehen, daß die Westmächte damals noch an den großen Frieden mit der Sowjetunion geglaubt haben. Und dann haben die Westmächte mit dem Marshall-Plan doch diesen Versuch gemacht. Das war eine geniale Idee, die ja auch unglaublich funktioniert hat - wie selten eine Idee in der Geschichte. Daß dies rein auf Westeuropa beschränkt blieb, war traurig, aber schon ein Ergebnis einer weiteren Entwicklung. Ich glaube, da irrte Adenauer. Ich sehe keine Möglichkeit dafür, daß wir 1945/46/47 zu einer Europäischen oder Westeuropäischen Gemeinschaft gekommen wäre."

Dr. K.: "Interessant. Vielleicht abschließend noch eine Frage zu Monnet: Wie hat er überhaupt Osteuropa gesehen?"

Dr. S.: "Ich habe nie ein Wort von ihm darüber gehört oder in mich aufgenommen."

Dr. K.: "Weil es hier und da in seinen Memoiren den Anschein hat, als wäre auch der Einschluß der osteuropäischen Staaten für ihn nicht undenkbar."

Dr. S.: ""Der Marshallplan galt ja auch in ganz Osteuropa. Das sollte ja ein gesamteuropäisches Vorhaben sein, und daß man in einer kleinen europäischen Lösung nicht das Ende sah, darüber waren sich alle klar bei den Visionen, mit denen wir diesen Dingen folgten. Ich möchte noch einmal zurückkommen auf den Mann Jean Monnet selber. Er war ja ein sehr verhaltener Mensch, möchte ich sagen, ein Mensch, der sich nicht leicht öffnete; leise sprach und nicht emotional war. Insofern war er unfranzösisch, er sprach weder schnell, wie die Franzosen dies gerne tun, sondern eigentlich mehr gemessen, und man merkte, wie seine Gedanken beim Sprechen arbeiteten, um das, was er sagen wollte, noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Er geriet sehr selten in Rage, das konnte er auch, dann bekam er einen roten Kopf und konnte sich sehr erregen, eben wenn Minister oder Beamte zu sehr von ihrer Heimat sprachen. Aber er war ein Mann, der, ähnlich wie Adenauer, wenn er in den Raum trat, Autorität ausstrahlte. Deswegen spielte die Größe auch bei ihm keine Rolle, während manche Leute darunter leiden, wenn sie nicht mit Körpergröße beglückt

sind. Er war sicher der richtige Mann, um Gespräche der Art zu führen, wie er es in seinem ganzen Leben getan hat, weil er eben durch seine innere Autorität die Leute beeindruckte, daß etwas daran sein müßte, was dieser Mann zu sagen hatte. Und da er sich nicht mit Kleinigkeiten abgab, sondern die großen Linien schätzte, hatte man gerade auch als junger Mensch den Eindruck, das ist sicher, der zu den Großen unserer Welt gehört."

Dr. K.: "Ich glaube, mit dieser interessanten Einschätzung können wir das Gespräch abschließen. Oder wollten Sie aus Ihrer Perspektive noch das eine oder andere hinzufügen?"

Dr. S.: "Nein, aber ich glaube, ich sollte doch einschränkend sagen, daß ich mich - wie gesagt - nur während vier Jahren mit einem Gebiet seines Wirkens befaßt habe, und daß deswegen meine Ausführungen nur in diesem sehr engen Rahmen zu sehen sind; außerdem habe ich nach Ablauf von 30 Jahren wahrscheinlich eine ganze Menge Erfahrungen, Gelesenes und Gehörtes mit eingebaut, was ich damals nicht direkt so empfunden habe."

Dr. K.: "Das ist aber eine Tragik für jeden historisch Betrachtenden, daß er Dinge mit einfließen läßt, die er entweder aus der damaligen Zeit heraus so nicht erinnerte oder nicht einschätzen konnte, weil die Entwicklungen noch offen waren. Dann darf ich mich im Namen der Fondation Jean Monnet herzlich bedanken für dieses Gespräch."